A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 91 — Sonnabend, den 2. August 1930 — 43. Jahrgang

Durchführung des Brotgesetzes.

Unzulängliche Reichstagsarbeit.

Berlin, 1. August.

Die Sozialdemokraten haben nach Verabschiedung des Brotgesetzes auf einem Umweg die Bestimmungen wieder in das Gesetz hineingebracht, die durch die Wirtschaftspartei zu Fall gebracht worden waren und den ausschließlichen Verkauf nach festen Gewichten betreffen. Dabei ist den Sozialdemokraten ein kleiner Lapsus passiert, der nunmehr beim Erlaß der Durchführungsverordnung reichlich Kopfzerbrechen verursacht. Das Brotgesetz gibt der Reichsregierung einzig die Ermächtigung, die Kennzeichnung für Mischbrot durch eine Verordnung zu regeln. Andere Ermächtigungen sind in dem Gesetz nicht enthalten, so daß keine Möglichkeit besteht, die Strafbestimmungen des Gesetzes auf den Verkauf nach festem Gewicht auszudehnen, der ja nicht im Brotgesetz selbst, sondern im Gesetz über den Vermahlungszwang vorgeschrieben ist. Die Reichsregierung hat somit keine Handhabe, die Uebertreter dieses Gesetzesparagraphen zur Verantwortung zu ziehen; es muß abgewartet werden, wie weit die landespolizeilichen Vorschriften hier den unzulänglichen Gesetzgeber unterstützen.

Die Durchführungsverordnung über die Kennzeichnung von Mischbrot ist an den Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegangen; sie enthält lediglich zwei Paragraphen über die Kennzeichnung und einen Zusatz für eine notwendig gewordene Zwischenregelung bis zum 31. Oktober 1931.

Die Kennzeichnung von nicht eingepacktem Brot hat durch Stempelung auf dem Teig, durch Anbringung einer Siegelmarke oder durch eine Banderole zu erfolgen.

Die Uebergangsbestimmung geht zurück auf einen Antrag der Mühlen und Bäcker, die noch große Posten von Einpackpapier zur Verfügung haben, das wegen seines wachsartigen Charakters nur sehr schwer durch den neuen Aufdruck berechtigt werden kann. Es ist daher bis zum 31. Oktober zulässig, mit dem Teigaufdruck „Mischbrot" versehenes Brot in den alten Umhüllungen feilzuhalten, wenn im Verkaufslokal durch ein leicht sichtbares Plakat darauf hingewiesen wird, in welchen Umhüllungen Mischbrot verkauft wird.

„Volksstaat in Not".

Eine Mahnung Wirths an die Sozialdemokraten.

Berlin, 31. Juli.

Reichsinnenminister Dr. Wirth sprach bei einer Kundgebung des Windthorstbundes und des Katholischen Jugendrings über das Thema „Volksstaat in Not". Er betonte, daß keiner Staatsform ewiger Bestand garantiert sei und daß das Nichtzustandekommen einer Mehrheitsbildung die Krise der Demokratie herbeiführen würde. Die sozialdemokratische Partei habe, obwohl sie Verfassungspartei sei, einer solchen Entwicklung Vorschub geleistet. Es sei beispiellos, in welch ehrloser Weise bereits ein Vierteljahr nach ihrem Regierungsantritt die Sozialdemokratie ihre früheren Regierungsfreunde angreife.

Den Sozialdemokraten gelte seine Warnung, daß es nicht angehe, in Preußen miteinander, im Reich aber gegeneinander, zu regieren.

Wenn bestimmte Regierungsmaßnahmen nicht jetzt erfolgt wären, dann wäre im Herbst aus dem Staat ein Trümmerhaufen geworden.

Das Leitwort des Zentrums als Schlüsselpartei laute: Augen nach links und rechts. Man werde mit den Rechtsparteien nunmehr genau so gut wie bisher mit den Linksparteien zusammenregieren.

Er begrüße die konservativen Parteien zu ihrem Bekenntnis zur Republik, das ihnen ein Zusammengehen mit dem Zentrum ermögliche. Es sei bedauerlich, daß die konservativen Kräfte mit ihrer allen politischen Erfahrung der Republik in ihren 10 Jahren völlig verloren gegangen seien. Die Zentrumspartei müsse unter der christlich-sozialen Fahne erstarken. Dann seien der Staat und die Republik gerettet.

Zur Sammlung der Mitte.

Berlin, 1. August. **Auf Anregung des Führers der Deutschen Volkspartei, des Abgeordneten Scholz, waren die Führer der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, der Volkskonservativen Vereinigung und der Wirtschaftspartei zwecks Abfassung eines gemeinsamen Wahlaufrufes zusammengetreten, wobei der Abgeordnete Koch-Weser für die Deutsche Staatspartei die Erklärung abgab, für einen derartigen Wahlaufruf einzutreten, wenn auch die Aufforderung an das Zentrum und die Schiele-Gruppe ergehen würde. Nach kurzer Beratung wurde die Versammlung abgebrochen, um auch mit den beiden letztgenannten Parteien in Fühlung treten zu können.**

Jugend in den Reichstag!

Statistische Feststellungen.

Berlin, 1. August.

Für den Deutschen Reichstag ist charakteristisch bisher gewesen die Verschiebung der Altersgrenze nach oben. Obgleich das Wahlalter in Deutschland nach dem Kriege auf 20 Jahre herabgesetzt worden ist — eine Verjüngung der Wählermassen also eintrat —, ist das Durchschnittsalter der Parlamentsmitglieder nicht gesunken.

Im Reichstag 1912 waren nur 13,6 Prozent der Reichstagsmitglieder unter 40 Jahre alt; das Durchschnittsalter betrug 51,2 Jahre. 1924 waren es 22,9, im Mai 1928 waren 15,7 Prozent unter 40 Jahren. Obgleich gegenüber der Vorkriegszeit ein sehr beträchtlicher Zuwachs an jüngeren Wählern eingetreten ist, entwickelt sich also die Kurve der Altersstruktur in die Vorkriegsverhältnisse zurück. Einzelne Fraktionen weisen sogar eine größere Zahl älterer Mitglieder auf.

Flaggenfrage kein Trennungspunkt.

Ein Aufruf zur Sammlung.

Berlin, 1. August.

Der außerparlamentarische Führer der „Deutschen Staatspartei", Mahraun, und der stellvertretende Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Lemmer, veröffentlichen im „Jungdeutschen" einen gemeinsamen Aufruf „An die junge Generation", in dem es heißt: Ueber ein Jahrzehnt hat die Spaltung des deutschen Volkes in ein schwarz-rot-goldenes und ein schwarz-weiß-rotes Lager angedauert. Interessenten- und Wirtschaftsgruppen haben sich das deutsche Parlament erobert und haben die Volksvertretung zu einem Interessentenhaufen gemacht. Wir Jungen lehnen uns gegen diesen unhaltbaren Zustand auf.

Unser Eintreten in den Kampf um die politische Macht, auf dem Boden der Verfassung, im Bekenntnis zum Staat und seinen Symbolen bedeutet die Fortentwicklung der deutschen Republik zum nationalen und sozialen Volksstaat. Darum reicht Euch die Hände über veraltete und durch die Entwicklung überholte Gegensätze zur gemeinsamen Arbeit für das deutsche Volk. Auch wir haben es getan, ohne unseren Bünden, der eine dem Jungdeutschen Orden, der andere dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, untreu zu werden.

Um das Lohn-Arbeitszeitabkommen.

Die Einigung in der Nordwestgruppe gescheitert.

Essen, 1. August.

Die in den Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe und den Gewerkschaften formulierte Vereinbarung, die das Ziel hatte, eine Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommens zu vermeiden, wurde von der Vertretertagung des Christlichen Metallarbeiterverbandes einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, das Lohn- und Arbeitszeitabkommen nicht zu kündigen. Auch der Gewerkverein Hirsch-Duncker hat der Vereinbarung zugestimmt.

Dagegen haben die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich gegen die Annahme der Vereinbarung ausgesprochen und die Kündigung des Lohnabkommens — nur diese war vom Deutschen Metallarbeiterverband angekündigt — beschlossen. Die offizielle Zustimmung des Arbeitgeberverbandes zu der Vereinbarung, an der nicht zu zweifeln ist, steht noch aus.

Bayerische Finanzschwierigkeiten.

Einführung der Schlachtsteuer.

München, 1. August.

Die bayerische Staatsregierung hat im Landtage, der Ende dieser Woche seine Sommerferien beginnt, den Entwurf des abgeänderten Finanzgesetzes vorgelegt. Sie besteht auf der Ausgleichung des Haushalts und verlangt zu diesem Zweck vom Landtag die Ermächtigung zur Einführung der seinerzeit abgelehnten Schlachtsteuer auf dem Wege der Verordnung, und zwar mit Wirkung ab 15. August bis zum Erlaß eines neuen Finanzgesetzes.

Die Bayerische-Volkspartei-Correspondenz hält es für wahrscheinlich, daß das neue Finanzgesetz, das am Donnerstag im Ausschuß beraten wurde, mit der eingebauten Ermächtigung für die Regierung keine entsprechende Mehrheit finden werde. Dann stehe die Regierung vor der Tatsache eines unvollziehbaren Finanzgesetzes. An die hinter der Regierung stehenden Parteien trete dann die Frage heran, ob sie es auf sich nehmen könnten, einem Finanzgesetz zuzustimmen, das die Regierung zum Vollzug von Ausgaben zwinge, ohne ihr die notwendigen Einnahmen zu gewähren.

Reichswehrsoldaten im Saargebiet.

Eine seltsame Verfügung.

Saarbrücken, 1. August.

Durch Verfügung des Präsidenten der Saarregierung ist dem Landjägerkorps des Saargebietes der Auftrag erteilt worden, an den einzelnen Orten festzustellen, wieviel Reichswehrsoldaten bis zum 15. Juli in Uniform gesehen worden sind.

Grund und Ursache zu dieser Maßnahme sind ohne weiteres nicht ersichtlich. Einerlei, wie es auch sei, die Einreise und der Aufenthalt unserer Söhne, die im Reichsheer Dienst tun, in ihrer deutschen Saarheimat muß angesichts dieser Verfügung eine Neuregelung finden, so daß ohne Schwierigkeiten und ohne besondere Einreiseerlaubnis das Verbringen der Urlaubstage auch in Uniform gestattet ist. Es wäre ein Unrecht, wenn der deutsche Soldat in seiner Heimat sich nicht sehen lassen dürfte, wo doch schon jahrelang wesensfremde ausländische Uniformen geduldet werden. Allmöchentlich kann man im Grenzbezirk französische Urlauber, besonders Marinesoldaten, feststellen. Ob auch schon einmal die Söhne der im Saargebiet ansässigen Franzosen gezählt und der Saarregierung namhaft gemacht worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls sieht man sie schon all die Jahre hier in Uniform herumgehen. Der Landesrat wird die Sache sicherlich aufgreifen und mit dafür Sorge tragen, daß eine endgültige, für die Saarbevölkerung zufriedenstellende Lösung gefunden wird.

Vereinbarung mit Polen.

Zur Vermeidung von Grenzzwischenfällen.

Berlin, 30. Juli.

Die bedauerlichen letzten Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze, von denen einige sogar Verluste von Menschenleben zur Folge hatten, haben zu einer Vereinbarung zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung über eine gemeinsame abschließende Prüfung des Tatbestandes durch je einen Delegierten der beiden Außenministerien geführt. Bei den Verhandlungen der Delegierten ist der gesamte Sachverhalt eingehend erörtert worden.

Ein Teil bisher strittiger Punkte konnte dabei geklärt werden. Eine volle Uebereinstimmung über alle Einzelheiten ist aber nicht erzielt worden.

In Verfolg dieser Prüfung und im Interesse der nachbarlichen Beziehungen haben sich die beiden Regierungen nunmehr über folgende Punkte geeinigt:

Soweit auf der einen oder anderen Seite Strafverfahren eingeleitet sind, werden die beiden Regierungen sich gegenseitig das für die Aufklärung der Fälle sachdienliche Material, insbesondere Zeugenaussagen, mitteilen und den zuständigen Behörden zur Berücksichtigung bei den in Gang befindlichen Verfahren übermitteln. Dies gilt insbesondere für den Zwischenfall von Prostken, zu dem die Polnische Regierung neues Material zur Verfügung gestellt hat. Die sich im Laufe der verschiedenen Verfahren ergebenden tatsächlichen Feststellungen werden sich die Regierungen gegenseitig zur Kenntnis bringen.

Außerdem haben die beiden Regierungen Maßnahmen getroffen, um einer Wiederholung solcher Zwischenfälle vorzubeugen. Insbesondere ist den beiderseitigen Grenzbeamten die Ueberschreitung der Grenze ohne besonderen Dienstauftrag und ohne vorheriges Benehmen mit den Grenzbehörden des anderen Teiles grundsätzlich verboten worden; auch sind sie angewiesen worden, bei Beobachtung der Vorschriften über den Grenzverkehr, insbesondere derjenigen über den Besitz von Grenzausweisen, jede unnötige Härte gegenüber der zivilen Bevölkerung zu vermeiden. Schließlich haben die örtlichen Behörden Weisungen über eine Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden des anderen Teiles bei etwa vorkommenden künftigen Grenzzwischenfällen erhalten.

Was das Auswärtige Amt sagt:

Merkwürdige „Ungeschicklichkeiten" polnischer Flieger.

Berlin, 1. August.

Die Frage der Ueberfliegung deutschen Grenzgebietes durch polnische Militärflieger ist in letzter Zeit erneut Gegenstand von Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, soll sich die Grenzverletzung bei einer Anzahl von Fällen, die in der Presse mitgeteilt worden sind, nicht als völlig stichhaltig erwiesen haben.

Trotzdem ist eine ganze Reihe von unberechtigten Grenzüberfliegungen, im Monat Juli nicht weniger als sechs, von deutscher Seite als einwandfrei erwiesen festgestellt worden. In jedem einzelnen Falle hat das Auswärtige Amt auf dem Wege über die deutsche Gesandtschaft in Warschau Vorstellungen erhoben. Während man im vorigen Jahr in Berlin den Eindruck hatte, daß es sich um ein regelrechtes System der Grenzüberfliegung handelte, glaubt man an Berliner zuständiger Stelle, daß es sich bei den Fällen der letzten Wochen eher um Ungeschicklichkeiten polnischer Flieger handelt. (?)

Auf jeden Fall ist die ständige Ueberfliegung deutschen Grenzgebietes durch polnische Militärflieger für die deutsche Oeffentlichkeit völlig untragbar. Die in Warschau eingeleiteten Besprechungen sollen, wie weiter mitgeteilt wird, einen für Deutschland günstigen Verlauf nehmen. Uebrigens ist bei der Ueberfliegung deutschen Grenzgebietes nördlich von Graudenz am Mittwoch wiederum die polnische Herkunft des Flugzeuges einwandfrei festgestellt worden. Die Gesandtschaft hat noch am Mittwoch abend die Weisung erhalten, diesen neuen Fall bei den Verhandlungen mit Polen zu verwerten.

Polnische Zollerhöhungen.

Zur Behebung der Landwirtschaftskrise.

Warschau, 1. August.

Der Wirtschaftsausschuß beim polnischen Ministerrat hat zur Behebung der polnischen Landwirtschaftskrise folgende neue Zollerhöhungen auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten beschlossen: für 100 Kilogramm Weizen auf 17,50 Zloty, für 100 Kilogramm Weizenmehl auf 25,50 Zloty, für 100 Kilogramm Graupen, die im Zolltarif nicht besonders angeführt sind, auf 24 Zloty, für 100 Kilogramm Schmalz auf 100 Zloty, für 100 Kilogramm Fleischspeck auf 80 Zloty und für 100 Kilogramm Räucherspeck auf 120 Zloty. Gleichzeitig wird für die polnische Fettproduktion eine Zollerleichterung von 60 Prozent erteilt. Die Getreide-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300802-17/fragment/page=0001

ausfuhrprämien sind in diesem polnischen Agrarprogramm mit einbegriffen und gelten zunächst bis zum 31. Oktober d. J. Ferner wurde beschlossen, die Ausfuhrprämie für 100 Kilogramm Schweine und Bacon auf 25 Zloty zu erhöhen.

Polens innerer Kampf.

∾ Die polnische Regierung hat aus den scharfen Maßnahmen, mit denen sie zunächst gegen die leitenden Persönlichkeiten der großen oppositionellen Kundgebung in Krakau vorgegangen war, keine weiteren Konsequenzen gezogen; sie hat insbesondere darauf verzichtet, die Mitglieder des diesen Kongreß veranstaltenden Ausschusses vor Gericht zu ziehen. Das beweist, daß man sich in dem Kreise um Pilsudski doch ein einigermaßen richtiges Bild von der Stärke der Opposition und davon macht, daß es gefährlich sein müßte, sie durch Gewaltmaßnahmen noch weiter zu schüren. Man hofft wohl eher darauf, daß die in Krakau zum ersten Male auf ein gemeinsames Programm vereinigten verschiedenen Gruppen der Opposition wieder auseinanderzusprengen sein werden. Dabei unterschätzt man aber wohl doch die Erbitterung, die weit über den Kreis dieser politischen Gruppen hinaus in der polnischen Bevölkerung gegen den Druck des Obersten-Regiments und gegen die Methoden herrscht, mit denen die Diktatur den Parlamentarismus vergewaltigt.

Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß dieser Kampf zurzeit in erster Linie ein Kampf um die Existenzmittel ist, in dem die Regierung dem Parlament die nötigen Gelder für die Fortführung der Staatsgeschäfte abzutrotzen versucht. Man erinnert sich an den großen Prozeß, der vor einem Jahre gegen den damaligen Finanzminister Pilsudskis, Czechowicz, eingeleitet wurde, den das Parlament unzulässiger Ueberschreitungen des Haushalts beschuldigte. Dieser Prozeß, der damals gewaltiges Aufsehen und große politische Leidenschaften weckte, ist vor dem Gericht nicht zum Austrag gekommen; man hat den vorsichtigen Ausweg gefunden, die Angelegenheit noch einmal an das Parlament zurückzuverweisen, und wie dessen Tätigkeit ruht zurzeit auch der Fall Czechowicz. Immerhin fühlt sich dieser zurückgesetzt durch das seiner Meinung nach nicht genügend energische Eintreten Pilsudskis für die Handlungen, die doch schließlich im Auftrage der Diktatur vollzogen wurden, und scheint gewillt, der Regierungspartei den Rücken zu kehren. Auch sonst zeigen sich Symptome dafür, daß Absplitterungen am Regierungsblock im Bereich der Möglichkeiten liegen, weil eine ganze Reihe von Politikern die Rücksichtslosigkeit, mit der die Regierung die Rechte der Volksvertretung mißachtet, auf Dauer nicht zu billigen und vor dem Lande zu vertreten vermögen.

Unverkennbar hat die innerpolitische Entwicklung Polens im Laufe dieses Jahres eine außerordentliche Verschärfung erfahren und drängt immer mehr zu einer entscheidenden Auseinandersetzung. Noch hat Pilsudski und das Kabinett Slawek zweifellos das Uebergewicht, aber der schon angedeutete Kampf um die zum Regieren erforderlichen Gelder wird einmal in sein entscheidendes Stadium treten müssen, wenn die immer wiederholte Forderung Pilsudskis, daß das Parlament die ihm nicht erscheinenden Beträge zoulagen im Pauschale bewilligen soll, sich nicht mehr einfach durch Verordnungen des Diktators durchführen läßt. Das war möglich, solange die Opposition noch hoffte, doch auf dem einen oder anderen Wege zu einer Verständigung mit der Regierung und zu einer wirksamen Geltendmachung der parlamentarischen Kontrolle zu kommen. Die Demonstration von Krakau hat gezeigt, daß man im Lager der Opposition diese Hoffnung begraben hat und sich zum Kampfe rüstet.

Im heutigen Sejm sind die in Krakau vereinigten Parteien der Opposition zwar noch etwas von der Mehrheit entfernt, aber sie besetzen zwei Fünftel der Parlamentssitze, und sie haben allen Grund zu der Hoffnung, daß Neuwahlen das Kräfteverhältnis entscheidend zu ihren Gunsten verschieben werden. Eine Klärung der Situation wird sich aus allgemeinpolitischen und besonders aus wirtschaftlichen Fragen nicht mehr lange hinauszögern lassen. Pilsudski wird voraussichtlich zu spät erkennen, daß er den Bogen überspannt hat und daß es nicht länger angeht, das Parlament und somit die Mehrheit des Volkes, die für eine organische Entwicklung des Staates eintrittt, in der rigorosen und brutalen Form zu brüskieren, wie er es bis jetzt für richtig und angebracht hielt.

Poincare gegen Hindenburg.

Einmischung in die deutsche Innenpolitik.

Paris, 31. Juli.

In seinem Leiborgan, dem Pariser „Excelsior", beschäftigt sich Herr Raymond Poincaré wieder einmal mit Deutschland, und zwar mit der Politik des Reichspräsidenten anläßlich der Rheinlandfeiern. Er schreibt über deutsche innenpolitische Verhältnisse, also über Dinge, die ihn gar nichts angehen.

U. a. führt er aus, man brauche nur Hindenburgs Erinnerungen zu lesen, um sich darüber klar zu werden, daß er die Hohenzollern vergöttere. Er sei nicht nur Monarchist, sondern auch Aristokrat. Wenn ein großer Patriot wie er im befreiten Rheinland tiefe Rührung empfunden habe, so sei das verständlich. Bedauerlich sei es aber, daß er seiner Freude in einer Form Ausdruck gegeben habe, die den Interessen eines dauernden Friedens zuwiderlaufe. Hindenburgs Erklärungen machten den Eindruck, als ob sie den Zweck verfolgten, die Welt mit Deutschlands Hauptforderungen vertraut zu machen.

Er, Poincaré, habe den deutschen Standpunkt in der Saarfrage deutlich zurückgewiesen. Hindenburg dagegen verlange die bedingungslose Rückgabe eines Gebiets, das nach seiner Auffassung deutsche Erde sei, seitdem die Hohenzollern es erobert hätten. Der Reichspräsident habe nicht nur auf das Saargebiet angespielt, sondern auch auf die Klauseln des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Rheinlandzone. Er habe erklärt, die befreiten Gebiete seien noch Bindungen unterworfen, die die Souveränität des Reiches einschränkten. Hindenburg setze sich hiermit in direkten Widerspruch mit dem Versailler Vertrag und dem Locarnopakt, der jede Mißachtung der entmilitarisierten Zone als einen Angriff betrachte.

Heute fühle sich Frankreich noch nicht vollkommen sicher, weil es nicht wisse, wie das Deutschland von morgen aussehe. Die Ereignisse der letzten Tage seien jedenfalls nicht dazu angetan, die Besorgnisse zu zerstreuen. Unter einem wirklichen Regime der Freiheit hätte Brüning, in der Minderheit geblieben, zurücktreten und der Reichspräsident eine andere Persönlichkeit mit der Neubildung der Regierung beauftragen müssen. Außerdem bliebe die Frage offen, ob die Anwendung des Art. 48 tatsächlich gerechtfertigt gewesen sei. Man müsse daran zweifeln, denn das Gleichgewicht des Haushalts habe direkt nichts mit der öffentlichen Sicherheit zu tun.

Sorgen der englischen Außenpolitik.

Die Liberalen unterstützen die Regierung.

London, 1. August

Das englische Unterhaus hat eine beachtenswerte außenpolitische Debatte gehabt, die den beiden neben der indischen Frage zurzeit im Vordergrunde stehenden großen Problemen der englischen Politik galt und heraufbeschworen wurde durch heftige Vorstöße der Opposition gegen den Premierminister Macdonald. Es ging im wesentlichen um die Zustände in Aegypten, für die Churchill in einer scharfen Rede die Regierung verantwortlich zu machen versuchte.

Macdonald verteidigte sich selbst, und er sah sich genötigt, um des guten Eindrucks nach innen willen sehr scharfe Worte an die Adresse der ägyptischen Nationalisten zu richten. Er unterstrich die Verantwortlichkeit Englands für die Sicherheit der Fremden in Aegypten, um daraus die Berechtigung der Aufrechterhaltung des englischen Heeres in Aegypten abzuleiten, eine These, in der er von dem Führer der Liberalen, Lloyd George, nachdrücklich unterstützt wurde.

Allerdings war auch Lloyd George keineswegs restlos von den Erklärungen des Premierministers befriedigt, und er wiederum drehte den Angriff nach der Seite, daß Aegypten die Stellungnahme des englischen Kabinetts als eine Einmischung in seine eigensten Angelegenheiten betrachten könnte. Macdonald sieht, daß er den innerpolitischen Kampf, der durch das Scheitern der Wahlreformverhandlungen verschärft ist, auf allen Gebieten der Regierungstätigkeit führen muß. Das gilt auch für die Kritik, die an der Rußlandpolitik der Arbeiterregierung von konservativer wie von liberaler Seite geübt wurde, und in der neben der Haltung Amerikas zu Rußland die Möglichkeit kriegerischer Verwicklung in Osteuropa einen breiten Raum einnahm.

Englische Rekrutierungsfragen.

London, 1. August.

Das Unterhaus nahm den Ergänzungshaushalt für die Armee an. Lord Winterdon ersuchte die Regierung um Auskunft über die unzureichende Rekrutierung. Kriegsminister Shaw erwiderte, daß die Aufgabe der Regierung nicht darin liege, eine ausreichende Anzahl von Rekruten zu erhalten, sondern eine ausreichende Zahl körperlich geeigneter Anwärter.

Die Friedenspropaganda habe zweifellos einen ungeheuren Einfluß auf die Entwicklung der Rekrutierung, aber er glaube nicht, daß die Regierung bestimmt werden solle, von ihrer Friedenspolitik abzugehen. Die Rückkehr zu der vollen Friedensuniform komme wegen der damit verbundenen großen Ausgaben nicht in Frage. Im Augenblick habe er nicht die Absicht, einen großen Rekrutierungsfeldzug einzuleiten, aber er werde vielleicht in nicht allzu ferner Zeit gezwungen sein, einen Appell zum Eintritt in die Armee zu erlassen.

Eine „Regelwidrigkeit".

Belgrad, 1. August.

Die schwere Mißhandlung der Schriftleiterin einer deutschen Zeitung im Banat, die erst auf dem Umweg einer Beschwerde deutscher Berufsorganisationen zur Kenntnis der jugoslawischen Regierung gekommen ist, findet nun endlich ihre Sühne. Frau Isolde Reiter, der man in der Untersuchungshaft durch mittelalterliche Foltermethoden belastende Aussagen über den Führer der deutschen Minderheit in Jugoslawien abpressen wollte, hat sich zwar selbst beschwerdeführend an den jugoslawischen Justizminister gewandt, doch scheint ihre Klage nicht bis zu der maßgebenden Instanz gelangt zu sein.

Erst die Proteste in der deutschen Presse haben die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Vorfall gelenkt und das Ministerium in Belgrad zur Stellungnahme veranlaßt.

Diese Stellungnahme ist freilich noch immer sehr milde, wenn sie das Vorgehen gegen Frau Reiter als Regelwidrigkeit der lokalen Behörde bezeichnet und lediglich durch eine Versetzung der in Frage kommenden Beamten ahndet, wobei man angesichts der örtlichen Verhältnisse in jenen Gegenden nur schwer nachprüfen kann, ob eine solche Versetzung nicht eher eine Belohnung ist. Der Vorfall hat immerhin das Gute, daß er die Anteilnahme breiterer Kreise auf die Notlage der deutschen Minderheit in Jugoslawien gelenkt hat.

Aus dem In- und Auslande.

Metallarbeiterverband kündigt Arbeitszeitabkommen.

Essen, 1. August. Der Deutsche Metallarbeiterverband, der den Vorschlag der Arbeitgeber abgelehnt hatte, hat das Arbeitszeitabkommen für die nordwestliche Gruppe gekündigt. Der Deutsche Metallarbeiterverband fordert die achtstündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich.

Keine Mittel für produktive Erwerbslosenfürsorge.

Saarbrücken, 1. August. In einem Schreiben an die Regierungskommission hatte die Stadtverwaltung von Saarbrücken um die Gewährung von Darlehen an die Gemeinden nachgesucht, um mit Hilfe dieser Darlehen Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbslose zu schaffen. Die Regierungskommission hat den Antrag abschlägig beschieden mit der Begründung, daß für den angegebenen Zweck im Etat keine Mittel zur Verfügung ständen.

Frankreich gegen kommunistische Kundgebungen.

Paris, 1. August. Der polizeiliche Erkennungsdienst hat zur Verhütung von kommunistischen Kundgebungen am 1. August nicht weniger als 24 ausländische Kommunisten verhaftet und sofort über die französisch-belgische Grenze ausgewiesen. Bei den Ausgewiesenen handelt es sich um Italiener, Polen, Ungarn, Rumänen, Oesterreicher, Türken und Russen.

Aus der Umgegend

Nebra, 2. August.

— **Die Stadt-Lichtspiele** mußten am vorigen Sonntag wegen anderweitiger Saalbesetzung geschlossen halten, dafür aber bringen sie an diesem Sonntag als Entschädigung für ihre Freunde ein besonders schönes Programm. Jeder Besucher wird entzückt sein über den köstlichen Humor, den die beiden Bildstreifen zu entfachen vermögen, anderseits aber auch ein stilles Sehnen nach der Ruhe empfinden, die jene geprieſene gute alte Zeit bot.

— **Eine Kahnfahrt auf der Unstrut von Artern bis zum Wendelstein.** Eine aus etwa 50 Personen bestehende Gesellschaft von Artern hatte sich am Mittwoch zusammengetan zu einer Fahrt mit dem Roßleber Motorkahn von Artern nach Wendelstein. Kurz nach 2 Uhr schiffte man sich am Glinz ein und mit fröhlicher Laune und bei Grammophonmusik und leidlich gutem Wetter ging die Fahrt durch das liebliche Tal auf der Unstrut entlang. Bei Wendelstein wurde angelegt, der Berg bestiegen und in der Wendelstein-Wirtschaft der Kaffee eingenommen. Unter Führung und Erläuterung des Herrn Engelhardt wurde darauf die Burg besichtigt und gegen $^1/_2$7 Uhr wieder die Rückfahrt ebenfalls zu Wasser angetreten. Bei Dunkelwerden wurde der Unstrutkahn illuminiert, fröhlich gesungen und sogar ein Tänzchen auf dem Kahn riskiert. Gegen 11 Uhr traf man wieder im Arterner Heimathafen ein.

— **Ein neues Heimatlied.** Der aus Artern stammende, seit langer Zeit in Bremen wohnende G. H. Haake hatte bereits im Vorjahr zum Stadtjahr ein mit Beifall aufgenommenes Lied auf seine Vaterstadt Artern verfaßt und zugleich komponiert; in Erinnerung an seinen letzten Aufenthalt in der Heimat hat Herr Haake nunmehr ein weiteres Lied auf die Goldne Aue gedichtet und der Oeffentlichkeit übergeben. Wir bringen diese ansprechende Lobhymne nachstehend zum Abdruck. Hoffentlich wird dieses Lied bald in das Repertoir unserer Gesangvereine eingereiht.

Goldne Aue-Lied.

Was glänzt im Tale, Hain und Höh'n
und blickt im Frühlicht Tau?
Was liegt im Kreis hier wunderschön?
Das ist die goldne Au'!

Wo leuchtet schöner wohl als hier
die Flur im Himmelsblau?
Mit Lieblichkeit, in Pracht und Zier:
Als nur die goldne Au'!

Wie singt und klingt's im heitern Sinn,
das Aug' hält Wunderschau!
Der Lande Schönheits Höchstgewinn:
Preist hier die goldne Au!

Und warst du fern, und sah'st du viel?
Nicht fremdem Scheine trau'!
Allstimmig klingt's, ist du am Ziel:
Schön ist die goldne Au'!

— **Keine Reklame in der Schule.** Stundenpläne mit Werbeaufdruck werden hier und da durch die Schule an die Kinder verteilt. Sämtliche Provinzialschulkollegien und Regierungen werden darauf hingewiesen, daß die Schule es unter allen Umständen ablehnen muß, sich auf solche Weise in den Werbedienst von Geschäftsunternehmungen stellen zu lassen.

— **Gedenkmünze zur Rheinlandbefreiung.** Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände und der „Deutsche Rhein E. V. haben eine Gedenkmünze prägen lassen, die durch Joseph Eiban, München-Pasing, zu beziehen ist. Preis 7 — 100 Mk.

— **Gewährung von Krediten.** Dem preußischen Landtag wurde ein Antrag eingereicht, in dem gefordert wird, der: schwer um ihre Existenz ringenden kleineren Gewerbebetrieben durch Gewährung öffentlicher Kredite zu helfen. Es soll den einzelnen Betrieben bei genügender Sicherheit Kredit bis Rm. 5000.— bei niedriger Verzinsung langfristig gewährt werden. Ferner wird in dem Antrag darauf hingewiesen, zwecks gemeinsamen Einkaufs den genossenschaftlichen Zusammenschluß des Kleingewerbes zu fördern.

— **Beihilfen für das Anpflanzen von Obstbäumen.** Die Anträge auf Gewährung von Beihilfen zum Anpflanzen von Obstbäumen aus den vom Herrn Landwirtschaftsminister aus dem Programm für landw. Betriebsumstellung und Absatzförderung zur Verfügung gestellten Mitteln sind so zahlreich eingegangen, daß die Beihilfenmittel erschöpft sind. Weitere Anträge können daher nicht mehr berücksichtigt werden.

— **Schweinezwischenzählung am 1. September.** Auf Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft findet im Einvernehmen mit dem Statistischen Reichsamt und den statistischen Landesämtern am 1. September 1930 die nächste Zwischenzählung der Schweine und der „nichtbeschaupflichtigen Hausschlachtungen an Schweinen" für die Zeit vom 1. Juni bis 31. August 1930 statt. Die schweinehaltenden Landwirte selbst haben das größte Interesse daran, daß die gestellten Fragen in richtiger und zuverlässiger Weise beantwortet werden. Dafür wird ihnen auf der anderen Seite die unbedingte Sicherheit gewährleistet, daß ihre statistischen Angaben geheimgehalten werden und keinesfalls zu steuerlichen Zwecken Verwendung finden.

Roßleben. (Neuer Meister.) Die Meisterprüfung im Schuhmachergewerbe bestand mit dem Prädikat „Gut" Herr Fritz Schaffner von hier. Das Examen fand vor der Prüfungskommission in Naumburg a. S. statt. — Wir gratulieren dem jungen Meister zu seinem Erfolge.

Donndorf. Unter dem Viehbestand des Landwirts Karl Rizrath ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

Querfurt. [Napoleons Wäschekiste.] Im Kreismuseum befindet sich neuerdings eine Wäschekiste Napoleons, die des Feldherrn Wäsche während des Feldzugs 1813 barg. Als nach der Völkerschlacht bei Leipzig der vom Schlachtenglück Verlassene mit seinem Heere auf der Flucht nach dem Rhein war, mußte er am 21. Oktober unter dem Feuer der bei Münchenrode aufgefahrenen Kanonen des York'schen Korps bei Freyburg den Unstrutübergang durchführen, der in regellose Flucht ausartete. Bei dieser Gelegenheit ist sein bei der Bagage befindlicher Wäschekasten verloren, von Einwohnern der Stadt Freyburg gefunden und bis zur Gegenwart aufgehoben worden.

Oechlitz. (Kreis Querfurt). Nachts erlaubten sich junge Burschen den Spaß und leuchteten dem Dienstmädchen K. plötzlich mit einer Taschenlampe ins Gesicht. Durch den Schreck hat die K. die Sprache verloren. Das Mädchen wurde ins Krankenhaus nach Querfurt gebracht.

Artern. Nachdem schon in der Nacht zum Sonntag an Privathäuser und Schaufenster kleine Zettel politischer Art angeklebt wurden, ist in letzter Nacht außer anderen Stellen an dem Heldendenkmal auf dem Bismarckplatz ein größeres rotes Plakat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300802-17/fragment/page=0002

angeklebt worden, auf welchem das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zur Antikriegsdemonstration am 1. August auffordert. Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich Menschen zu der Flegelei hergeben, ein Ehrenmal zu besudeln.

Artern. Ein Apfelbaum im Garten des Herrn Schneidermeisters Stephan scheint in diesem Jahre von besonderem Wunder befallen zu sein. Blüte er schon im Frühjahr zweimal, so entfalten einzelne Zweige auch jetzt im Hochsommer junge Blütenpracht. Man sieht, wie wunderlich auch die Natur werden kann.

Sondershausen. Das Fischsterben in der Wipper hat einen bedenklichen Umfang angenommen. Hier mußte tagelang der Badebetrieb ruhen, weil es nicht möglich war, das Wasser zu benutzen. Mitglieder des Badevereins reinigten dann in stundenlanger Arbeit den Fluß und haben etwa sieben bis acht Zentner tote Fische beseitigt.

Teutschenthal. Die sechsjährige Renate Michel geriet am Montag unter das aus Halle kommende Postauto und wurde so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Das Kind soll in das Auto hineingelaufen sein.

Apolda. Die Omnibuskatastrophe vom vorigen Sonntag an der Pochebrücke hat ein weiteres Todesopfer gefordert. Im hiesigen Krankenhause ist am Montag abend noch eine Frau Vogel aus Paulinzella an den erlittenen Verletzungen verstorben. Der Zustand einiger weiterer Schwerverletzter ist nach wie vor bedenklich. Von den Leichtverletzten konnten bereits 27 in ihre Heimat zurückkehren. Ueber die Ursache des furchtbaren Unglücks konnte eine amtliche Feststellung noch nicht getroffen werden, weil insbesondere der Wagenführer noch nicht vernehmungsfähig ist. Festgestellt an dem zertrümmerten Wagen ist, daß der Gang ausgeschaltet und die Bremsen angezogen waren.

Bleicherode. Die Förderung auf dem Schacht Althans in Kleinbodungen ist jetzt wieder aufgenommen. Der Schacht hat jahrelang stillgelegen, fast alle maschinellen Einrichtungen waren von Rost und Salz gewaltig angegriffen. Die schnelle Inbetriebnahme ist nur der äußersten Anstrengung aller Beamten und Arbeiter zu verdanken. Der Schacht soll vorläufig die Förderung für die Bienenburger Schächte übernehmen. Für das Wirtschaftsleben der Stadt ist die Aufnahme der Arbeit auf diesem Schacht sehr zu begrüßen. Zahlreiche Arbeiter und Beamte sind schon von Bienenburg nach hier versetzt worden. Allerdings wird auch dadurch die Wohnungsnot in Bleicherode verschärft. Auch auf dem hiesigen Schacht von Belsen ist die Förderung ums Doppelte gestiegen.

Torgau. Das Haus, in dem Luthers Frau Käthe in Torgau gestorben ist, war bisher mit Sicherheit nicht ermittelt. Zwar bezeichnete der Volksmund ein zweistöckiges Gebäude in der Lutherstraße als Frau Käthes letzte Wohnung. Nunmehr ist es den unermüdlichen Untersuchungen der Studienrätin Agnes Bartscherer gelungen, dies sogenannte Lutherhaus als Frau Käthes Sterbehaus festzustellen. Näheres darüber findet man in der Schrift „Frau Käthe Luther in Torgau". U. a. wird auch der Name von Frau Käthes Hauswirtin mitgeteilt; es war die Witwe des Kurfürstlichen Küchenmeisters Michael Karsdörfer.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Schwerer Wohnungseinbruch. In der Grolmannstraße in Charlottenburg wurde in der Wohnung des Kaufmanns L., der sich auf Reisen befindet, ein schwerer Einbruch verübt. Die ganze Wohnung wurde ausgeräumt. Der Wert des gestohlenen Gutes beträgt nach vorläufiger Schätzung mindestens 80 000 Mark. Die zum Teil kostbaren Möbel wurden mit roher Gewalt zertrümmert. Die Einbrecher beschränkten sich nicht auf Silber, Kleidungsstücke und andere Wertgegenstände, sondern stahlen auch zahlreiche Kunstwerke von großem Wert, darunter Originalgemälde und echte Porzellane. Es ist anzunehmen, daß die Täter mehrere Tage in der Wohnung „gearbeitet" haben, da sie unmöglich das umfangreiche Diebesgut auf einmal fortschaffen konnten.

Brandenburg (Havel). Vierzig Personen nach Genuß von Hackfleisch schwer erkrankt. In den Dörfern Großmutterwitz und Woltersdorf im Kreise Jerichow II sind im ganzen 40 Personen an schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Der zuständige Kreisarzt hat festgestellt, daß die Vergiftungserscheinungen auf den Genuß von rohem Hackfleisch zurückzuführen sind, das aus einer Schlächterei in Großmutterwitz stammt. Sowohl die entnommenen Proben als auch die Untersuchung der erkrankten Personen haben den gleichen Krankheitserreger aufzuweisen. Das verdächtige Fleisch ist sofort vom Kreistierarzt in Genthin beschlagnahmt worden.

Marienwerder. Polnisches Flugzeug über dem Kreise Marienwerder. Wie aus Marienwerder gemeldet wird, hat ein Flugzeug, das zweifelsfrei als polnisch erkannt worden ist, von Meme kommend einige Ortschaften im Kreise Marienwerder überflogen. Das Flugzeug nahm sodann Kurs auf Graudenz.

Schwiebus. Den Werbern der Fremdenlegion entronnen. Seit dem 13. Juli war der 19-jährige Postaushelfer Sztankay verschwunden, und es bestand der Verdacht, daß er Werbern der Fremdenlegion ins Garn gegangen wäre. Diese Mutmaßung hat sich bestätigt. Der junge Mensch war durch Alkohol willfährig gemacht und dann betäubt worden. Erst in dem abgeblendeten Auto kam er wieder zu sich. Als der Wagen an einem Gasthaus bei Leipzig hielt, gelang es ihm, zu entfliehen und sich in zehn entbehrungsreichen Tagesmärschen nach Hause durchzuschlagen.

Neuwied. Ein weiteres Koblenzer Opfer an Land gespült. In Oberwinter wurde die Leiche eines 20jährigen Dentisten aus Neuwied an Land gespült. Der Dentist wurde seit dem Brückeneinsturz in Koblenz vermißt, und es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß auch er ein Opfer des Unglücks geworden ist und der Rhein seine Leiche weitergetrieben hat.

Saarbrücken. Schweres Unglück im Kohlenschacht. In Stieringen (Lothringen) waren im Schacht Gardan etwa 60 Bergleute mit dem Kohlenabbau beschäftigt, als sich plötzlich ein immer stärker werdendes Krachen bemerkbar machte. Die Bergleute begaben sich sofort zu den Ausgängen. Bevor jedoch die letzten die Arbeitsstelle verlassen konnten, stürzte die ganze Strecke mit donnerähnlichem Getöse ein. Ein Bergmann wurde auf der Stelle getötet. Die Leiche konnte erst nach vieler Mühe geborgen werden. Vier andere Bergleute erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Kleine Chronik.

Drei Tote bei einem Mauereinsturz in Paris. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in dem Pariser Vorort Saint Cloud. Vier Maurer arbeiteten an der Errichtung einer neuen Mauer im Schloßgarten, die parallel zu einer alten, noch nicht abgerissenen Mauer laufen sollte. Plötzlich stürzte ein Teil der alten Mauer zusammen und begrub die vier Handwerker unter den Trümmern. Der Lärm des Zusammensturzes hatte Angestellte des Schloßhofes aufmerksam gemacht, die sofort die Feuerwehr benachrichtigten. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich infolge der großen Steinblöcke, die auf den Unglücklichen lagen, äußerst schwierig. Erst nach mehr als zwei Stunden konnte der erste Verschüttete mit schweren Verletzungen, jedoch lebend, gerettet werden. Die übrigen drei konnten leider nur noch als Leichen geborgen werden. Sie waren unter den Trümmern erstickt.

Australienflieger Hook im Dschungel als Leiche gefunden. Die zweite Rettungsexpedition, die am 22. Juli nach dem vermißten Australienflieger Hook ausgesandt wurde, soll nunmehr die Leiche des Verunglückten im Dschungel aufgefunden haben. Der Körper, von dem nahezu nur noch das Skelett übrig war, zeigt Spuren von einem Ueberfall durch einen Leoparden oder Tiger. Hook war am 20. Juni mit einem Kameraden von England nach Australien gestartet und am 3. Juli im Dschungel, 300 Meilen von Rangoon entfernt, abgestürzt.

Zwei Ausflügler in Vorarlberg verunglückt. In der Nähe der Bieberacher Hütte in Vorarlberg ereignete sich ein schweres alpines Unglück. Es ging ein Felssturz von über 60 Kubikmetern Größe nieder und tötete zwei Ausflügler, den Apotheker Bauer aus Eßlingen und seine Begleiterin Amalie Luß.

Eine Irrenanstalt niedergebrannt. In Tirlemont bei Brüssel wurde eine Irrenanstalt, die von katholischen Nonnen geleitet wurde, durch Feuer zerstört. Soldaten der dortigen Garnison retteten während des Brandes 300 Wahnsinnige, die stark überreizt waren. Das Gebäude der Irrenanstalt wurden von den Flammen vollkommen dem Erdboden gleichgemacht.

Ruhe im Lille r Gebiet. Die Streiklage in Lille und Umgebung hat sich nicht verändert. Nirgends ist es in den letzten 48 Stunden zu Ausschreitungen gekommen. Mit ganz geringen Ausnahmen wird der Streik in der Textil- und Metallindustrie allgemein durchgeführt. Auch die Angestellten haben sich in einem öffentlichen Aufruf solidarisch mit den Arbeitern erklärt. In der Nähe von Hazebruk nimmt die Bewegung an Umfang zu. Fast 1300 Arbeiter streiken im Augenblick und veranstalten täglich Kundgebungen unter freiem Himmel.

Schwere Gewitterschäden in Danzig. Im Gebiet der Freien Stadt Danzig gingen schwere Wolkenbrüche mit sehr heftigen Gewittern nieder. In Danzig wie auch in Zoppot wurden ganze Straßenteile überschwemmt und zahlreiche Kellerwohnungen unter Wasser gesetzt. In Danzig wurde die Feuerwehr etwa 50mal alarmiert. In Oliva schlug der Blitz in eine Villa und zündete. Das Feuer konnte jedoch bald gelöscht werden. Im Stadtgebiet schlug der Blitz in eine Straßenbahnleitung, die er herabriß, wodurch zwei Pferde getötet wurden. In Schönbaum schlug der Blitz in ein Gehöft, das völlig eingeäschert wurde. Das Vieh und ein Teil des Mobiliars konnten gerettet werden. In Prinzlaff zündete der Blitz ebenfalls, wodurch zwei Getreideschober abbrannten.

Aus dem Erdbebengebiet. Im Erdbebengebiet ist überall mit dem Bau der neuen Wohnhäuser begonnen worden. Der Unterstaatssekretär für öffentliche Arbeiten, der die Arbeiten leitet, meldet ferner, daß noch fünf Leichen unter den Trümmern geborgen worden sind. Im übrigen wird mit der Sammlung der Waisenkinder fortgefahren, die dann gruppenweise in die verschiedenen Städte abgeschickt werden, die ihre Aufnahme angeboten haben.

70 Kinder in einer Sandgrube verschüttet. In Saint Helens in der Grafschaft Lancashire (England) wurde eine Schar Kinder in einer Sandgrube verschüttet, wobei drei von ihnen den Tod fanden. Acht weitere Kinder wurden verletzt. Insgesamt waren 60 bis 70 Kinder in der Grube mit Spielen beschäftigt, als plötzlich die ganze Sandbank einstürzte und die Kinder unter Hunderten Tonnen von Sand begrub. Einige Jungen konnten sich selbst befreien und auch andere verschüttete Kinder ausgraben, ehe Hilfe kam.

Vater, Mutter und Tochter nach dem Genuß von Pfirsichtorte gestorben. Sehr schwere Vergiftungsfälle haben die kleine Gemeinde Saint Pierre du Bost in der Nähe von Gueret (Mittelfrankreich) in helle Verzweiflung gebracht. Nach dem Genuß einer Pfirsichtorte starben in einer Familie Vater, Mutter und Tochter unter den furchtbarsten Qualen, während zwei weitere Personen noch mit dem Tode ringen. Bei der eingeleiteten Untersuchung hat sich ergeben, daß die Person, die die Torte hergestellt und ebenfalls davon gegessen hat, keinerlei Vergiftungserscheinungen verspürt hat. Die Polizei neigt aus diesem Grunde zu der Annahme, daß es sich um eine kriminelle Vergiftungsangelegenheit handelt, und hat eine Untersuchung in dieser Richtung eingeleitet.

Fünf verschleppte amerikanische Missionare aufgefunden. Fünf amerikanische Missionare, die 73 Tage in Puchau im Nordwesten der Provinz Ahnmai festgehalten wurden, sind bei der Besetzung der Stadt durch die Nankingtruppen wohlbehalten aufgefunden worden. Die Stadt war bis zum 21. Juli von den Banditen besetzt. Die amerikanischen Missionare erklären jedoch, daß ihnen während der ganzen Dauer ihrer Gefangenschaft eine gute Behandlung zuteil geworden sei.

Vorgehen gegen die Kommunisten.

Schanghai, 1. August. **Die Führer der amerikanischen und japanischen Marinestreitkräfte haben beschlossen, gemeinsam gegen die kommunistischen Banden in der Nähe von Tschangtscha vorzugehen. Die Nankingregierung wurde von dem geplanten Schritt in Kenntnis gesetzt. Sie wird sich damit abfinden müssen, da sie selbst nicht in der Lage war, die Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten und die Ausländer vor Ueberfall und Ausplünderung zu schützen.**

Schiffszusammenstoß bei Gibraltar.

London, 1. August. **100 Meilen östlich von Gibraltar sind der englische Dampfer „Nerbudda" und das spanische Schiff „Legazpi" zusammengestoßen und befinden sich im Sinken. Bergungsdampfer sind zur Hilfeleistung ausgelaufen.**

Gegen die Lebensmittelspekulation in Rußland.

Moskau, 1. August. **Die OGPU. hat in den letzten Tagen in Moskau und Leningrad eine großzügige Aktion gegen Lebensmittelspekulationen unternommen. In Moskau und Leningrad wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten werden nicht vor ein Kriegsgericht gestellt, sondern durch die OGPU. abgeurteilt. Zuletzt wurde eine Gruppe von 44 verhafteten Kaufleuten nach Sibirien verbannt. Insgesamt wurden im Laufe der letzten Wochen wegen Lebensmittelspekulationen mehrere hundert Personen aus Moskau verbannt.**

Amtssuspension des Stadtrat Katz aufgehoben.

Berlin, 1. August. **Vom Oberpräsidenten ist am Donnerstag beim stellvertretenden Bürgermeister folgendes Schreiben eingegangen: „Die unter dem 19. Mai 1930 verfügte Suspension des Stadtrats Katz in Berlin vom Amte hebe ich mit sofortiger Wirkung im Hinblick auf das Ergebnis der Voruntersuchung auf. Gleichzeitig ersuche ich gemäß seinem Antrage, Stadtrat Katz bis auf weiteres zu beurlauben.**

Ueberschwemmungen in Nordwestindien.

Ueber 100 Dörfer vernichtet.

London, 1. August.

Die Ueberschwemmungen im Gebiet von Schikarpur sind nach den Mitteilungen eines in Karatschi eingetroffenen Augenzeugen viel größer, als bisher angenommen wurde.

In der Nähe von Loi ist ein Damm in einer Ausdehnung von etwa 3 Kilometern gebrochen, so daß sich ungeheure Wassermengen des Indus über das niedriger gelegene Land ergießen. Weite Strecken gleichen bereits einem einzigen großen See. Mehr als 100 Dörfer sind völlig in den Fluten verschwunden, und etwa 100 Morgen bebauten Landes sind vernichtet.

Der Gesamtschaden wird vorläufig mit mindestens 15 Millionen Mark angegeben. Die Zahl der Flüchtlinge beträgt 30 000. In Sukkur sind Notwohnungen für die Flüchtlinge und Schulen für die Kinder errichtet worden. Der Postdienst wird notdürftig durch Boote aufrecht erhalten. Manche Gebiete sind völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Den Ozean überquert

„R. 100" über der Insel Anticosti.

Neuyork, 1. August.

Das Luftschiff „R. 100" hat um 13 Uhr MEZ. Westpoint auf der Insel Anticosti überflogen. Es hatte eine Geschwindigkeit von 54 Kilometern, so daß mit seiner Landung in Montreal am späten Nachmittag gerechnet wird. Zahlreiche Besucher haben sich bereits am Landungsplatz eingefunden.

Auch die Vereinigten Staaten verfolgen mit großem Interesse den erfolgreichen Flug des englischen Luftschiffes; sie haben den Commander Rosendahl nach Montreal entsendet.

Wochenend-Wetterbericht der Th. K.

Bearbeitet von der Landeswetterwarte Weimar.

Das nördliche Tief entfernt sich in Richtung der finnischen Warmluft zur nördlichen Ostsee. Damit kommen wir in den Bereich der auf der Süd- und Südwestseite befindlichen Druckstörungen, die in den letzten Tagen unser Wetter so wechselvoll gestalteten und zahlreiche Regenschauer mit sich brachten. Im Rücken des Tiefs steigt das Hoch über die Nordsee und in West- und Mitteleuropa, sodaß sich das westliche Hoch zu uns vorschiebt. Die frische Westbis Nordwestströmung verlangsamt sich, die Regenfälle hören auf, es wird aufheiternd und allmählich wärmer werden. Es ist zwar noch unbestimmt, ob die mit der Hochdruckwelle eintretende Besserung länger als zwei bis drei Tage anhalten wird, denn vom mittleren Ozean rückt ein neues Tief vor und bewirkt über Irland bereits Druckfälle. Behält es seine bisherige Marschrichtung bei, so wird es uns kaum beeinflussen, sondern von Schottland und Island nach Skandinavien und Spitzbergen, also weit ab von uns ziehen.

Aussichten: Aufhören der Schauertätigkeit, fortschreitende Besserung, allmählicher Temperaturanstieg, längere Dauer der Besserung über zwei bis drei Tage hinaus zur Zeit noch nicht gesichert.

Hindenburg am befreiten Rhein. Die Glut flammt auf, neue Unruhen in Aegypten. Gesichtsschleier noch in Europa. Radfahren und Radrennen. Kuriose Bienenstöcke. Auf dem Kriegspfad. Marianne in Indien (von Lion Feuchtwanger), eine historische Miniatur und Studie zu einem Roman, in dessen Mittelpunkt Lady Warren Hastings steht. Unter dem Mikroskop. Und noch vieles mehr: Es steht in der „Woche"! Heft 30 überall für 50 Pfennig. Vorrätig in der Buchhandlung Wilhelm Sauer in Roßleben.

Spiel und Sport.

Nebraer Sportvereinigung von 1924.

Die Spielruhe hat ihr Ende erreicht. Wohl den Mitgliedern, die der Dinge richtig nützten. Das neue Spieljahr steht bevor. Aufs neue wird der Kampf um Sieg und Punkte, um Titel und Meisterschaft entbrennen. Das erste Mal werden wir in diesem Jahre in die Punktspiele mit eingreifen. Nach wie vor plaken Meinungen aufeinander, und nicht überall wird der Ausgleich gefunden werden. Möge man aber in Zukunft am grünen Tisch und auf dem grünen Rasen stets fair und ritterlich sein, im Gegensatz nicht immer den bösen Gegner sehen, sondern einen Gleichstrebenden. Uns alle eint doch das Ziel: uns und unsere Nächsten durch regelmäßige Leibesübungen gesund zu erhalten. In diesem Sinne: „Viel Glück 1930—31"

Am Sonntag wird die N.S.V. 24 wieder mit drei Mannschaften den Kampf aufnehmen. Die 1. und 2. Elf spielen in Karsdorf zum Stiftungsfest. Abfahrt mit den Fahrrädern 8 Uhr morgens vom „Weißen Roß". Wir wollen hoffen, daß sich unsere Mannschaften tapfer schlagen. Gespielt wird in folgender Aufstellung: Erste Mannschaft: Ernemann II; Reinhold, Gebhardt; Werner II, Stübner, Recknagel I; Kaulwell I, Schwiedehausen, Werner II, Kluge, Körner. Zweite Mannschaft: Ernemann I; Herzau, Eichhorn I, Kaulwell II, Kloß, Thieme; Pfeffer, Weiße, Bollandt, Fuchs, Ganz I. In Nebra findet nur ein Spiel statt und zwar treffen sich um 3 Uhr N.S.V. II Schüler und L.B.C. 30 Laucha Schüler. Die Schülermannschaft hat sich bisher immer tapfer verteidigt und wir wollen hoffen, daß wir am Sonntag wieder ein schönes Schülerspiel zu sehen bekommen. Nachstehende Schüler werden den Kampf bestreiten: Geisbicke; Müller, Melchior; Böttiger, Lopp, Kunze; Theile, Fechner I, Lindner, Fechner II, Köddertzsch. Ersatz: Bratfisch.

Kirchliche Nachrichten

7. Sonntag nach Trinitatis, den 3. August 1930.

Vorspruch: Die Ernte ist groß, aber wenig Arbeiter. Darum bittet den Herrn der Ernte, daß er Arbeiter in seine Ernte sende.

10 Uhr: Hauptgottesdienst. Predigttext Luk. 15, 22—32.

Kollekte für die Auslandsdiaspora.

½12 Uhr: Kindergottesdienst für beide Abteilungen im Gemeindesaal.

2 Uhr: In **Freyburg** feierliche Einführung des neuen Herrn Superintendenten durch Generalsuperintendent Dr. Eger, wozu die Glieder hiesiger Kirchgemeinde eingeladen werden.

Mittwoch, abends ½9 Uhr: Bibelstunde.

Freitag, 8 Uhr: Jungfrauenverein.

Getauft am 25. Juli Robert Werner Küster und Karl Erich Küster.

Beerdigt am 26. Juli Frau Christiane Friederike verw. Krey, geb. Schlegel, 93 Jahre alt.

Beerdigt am 27. Juli Frau Anna Peheide geb. Weise, 27 Jahre alt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300802-17/fragment/page=0003

Zur Reichstagswahl.

Die Kreisgruppe West der Deutschen Volkspartei im Landesverband Halle-Merseburg — bestehend aus den Kreisvereinen Sangerhausen, Eckartsberga, Mansfeld-See, Mansfeld-Gebirge und von Eisleben — trat unter überaus starker Beteiligung am Sonnabend, dem 26. Juli, in Sangerhausen zusammen. Nach Erledigung der satzungsgemäß vorzunehmenden Wahlen wurde die Frage der Spitzenkandidatur erörtert und einstimmig beschlossen, den in langjähriger Tätigkeit hochbewährten Abgeordneten Dr. Cremer dem Landesverband wiederum als Spitzenkandidaten vorzuschlagen. Eine sehr rege Aussprache über die bevorstehende Reichstagswahl führte im übrigen zu der einmütigen Forderung, den Landesverband dringend zu ersuchen, ein klares, geschlossenes Wahlprogramm herauszustellen. Hierbei soll, um die Zersplitterung im Bürgertum endlich zu beseitigen, mit größter Schärfe gefordert werden, die staatsbejahenden bürgerlichen Parteien in einer einheitlichen Volksbürgerpartei zu sammeln. Als eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Reichstages sieht die Kreisgruppe die Verwirklichung der von Dr. Cremer seit langem geforderten Reichsvereinheitlichung an. Die rege Aussprache zeitigte das Verlangen nach zähem Festhalten der Kreisgruppe an der bewährten Weltanschauungspolitik und außerdem nach entschiedenem Kampf gegen Marxismus einerseits und dem Rechtsradikalismus andererseits.

Tatkräftige und schnelle Hilfe.

Reichsminister Treviranus über das Ostprogramm.

Berlin, 31. Juli.

Reichsminister Treviranus sprach über das in der Notverordnung enthaltene Ostprogramm. Er wies darauf hin, daß nur ein Teil des Programms durch Notverordnung verwirklicht werden konnte, ein weiterer Teil aber zurückgestellt werden mußte, weil die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Inkraftsetzung auch dieser Bestimmungen nicht gegeben waren.

Darunter fielen die Bestimmungen über die Bildung der Ablösungsbank, über die Umschuldung, über die Durchführung größerer Wege- und Eisenbahnbauten und anderes.

Trotz der Unmöglichkeit, die Ablösungsbank zu schaffen, habe die Reichsregierung die Osthilfe in möglichst weitem Umfang sicherstellen können. Die Banken hätten sich bereit erklärt, für das laufende Jahr auch Mittel für die Umschuldung und Betriebssicherung in Verbindung mit dem Vollstreckungsschutz zur Verfügung zu stellen. Die Durchführungsbestimmungen für die Landstellen würden wahrscheinlich bereits am Mittwoch durch die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Länderregierungen vorläufig in Kraft gesetzt werden.

Darüber hinaus sei es möglich gewesen, durch die Inkraftsetzung des Haushalts die dort vorgesehenen rund 126 Millionen für die Lastensenkung und andere Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Der Minister ging dann auf die einzelnen Maßnahmen der Osthilfe und ihren Zweck näher ein. Die Reichsregierung werde dem kommenden Reichstag vorschlagen, das Osthilfegesetz in der dem letzten Reichstag vorgelegten Fassung erneut zu verabschieden. Bis dahin werde es die Aufgabe der Reichsregierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß nicht weitere Zeit vergeudet werde, um den bedrohten Betrieben zu helfen. Die Notlage der Ostmark fordere eine zielbewußte, einheitliche Fürsorge des Reiches und der Länder. Mit einem solchen Werk diene man auch dem zumeist, der an der Spitze des Reiches seine Heimat im Osten nicht vergessen werde.

Präsidentschaftskandidatur Briands?

Paris, 31. Juli.

In einem Jahre ist die Präsidentschafts-Legislatur Doumergues abgelaufen. Die französische Nation muß ein neues Staatsoberhaupt wählen. Ein Jahr ist noch Zeit, und schon ist die Diskussion über die Kandidaturen in vollem Gange. Dabei publiziert Léon Blum im „Populaire" die sensationelle Nachricht, daß auch Briand in der Personaldiskussion, die in internen politischen Zirkeln bereits gepflegt werde, eine Rolle spiele.

Noch größer aber ist die Ueberraschung, zu hören, daß die Kandidatur Briands von Poincaré propagiert werde.

Wenn diese Veröffentlichung Léon Blums zutrifft, dann muß man in der Tat von diesen Plänen überrascht sein. Was will Poincaré? Will er Briand auf diesem Wege aus der Kabinettspolitik ausschalten? Dazu liegt kein Grund vor. Beide Männer haben in den vergangenen Jahren nach großen Gegensätzlichkeiten doch lange gemeinsam gearbeitet und in gemeinsamer Front gestanden.

Man sieht ein anderes Motiv. Man könnte sich denken, daß Poincaré, der seit langem bereits wieder den Ehrgeiz verspürt, an die Spitze der französischen Politik zu treten, mit dieser Kandidatur Briand sich verpflichten will. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Poincaré selbst noch einmal Neigung verspürt, den Präsidentenhut der französischen Republik zu tragen. Und man kann sich sehr wohl vorstellen, daß er dazu die Unterstützung einer ganz breiten Front haben möchte, und daß vielleicht seine Kombination so läuft, daß Briand sich für Poincaré einsetzen würde.

Auch ein anderes ist denkbar, was schon gestreift wurde: daß nämlich Poincaré durch die Berufung Briands ins Elysee Briand in der praktischen Politik etwas matt setzen möchte. Man weiß, daß die Paneuropa-Pläne Briands nicht gerade das Entzücken Poincarés gefunden haben. Es wäre also denkbar, daß Poincaré gerade deshalb Briand anderweitig engagieren möchte. Gleichviel, man wird bald durchschauen, ob und wer hier ein Spiel treibt.

Aber das hindert nicht, daß auch die Namen, die sonst noch genannt werden, in den politischen Zirkeln sehr lebhaft umstritten sind. Es heißt, daß Tardieu als Gegenstoß gegen Briand die Kandidatur des lothringischen Senators Lebrun in die Debatte gebracht habe. Auch das ließe zweierlei Deutungen zu, daß entweder die Kandidatur Briands ernst zu nehmen ist, und daß Tardieu rechtzeitig einen Vertrauensmann der Rechten zur Verfügung haben möchte, oder aber daß Poincaré tatsächlich spekuliert, auf Umwegen noch einmal in die Gewalt des Präsidentenamtes zu kommen und daß Tardieu rechtzeitig auf der Rechten andere Interessen mit anderen Persönlichkeiten wecken möchte.

Der chinesische Wirrwarr.

Drei Richtungen kämpfen um die Vormacht.

Schanghai, 1. August.

In Ostasien ist es wieder lebhaft geworden. Die Kommunisten haben südchinesische Städte besetzt, die Opposition gegen die Nankinger Zentralregierung erläßt Proklamationen an die auswärtigen Mächte — die Aussichten auf eine Beruhigung der chinesischen Verhältnisse, die ziemlich besonden, scheinen wieder einmal beseitigt zu sein.

Man muß in dem augenblicklichen Durcheinander drei Gruppen unterscheiden:

die kommunistischen Führer, die zweifellos mit Unterstützung Sowjetrußlands in der letzten Zeit Erfolge erzielen konnten und deren Propaganda in einzelnen Provinzen sich immer mehr ausbreitet, daneben die Opposition unter Wangtschingwei, die gegen die Zentralregierung in Nanking operiert und eine neue Richtung der Kuominpartei durchsetzen will, und schließlich die Zentralregierung in Nanking selbst. Die kommunistischen Ziele sind sehr klar. Die Unterschiede zwischen den politischen Zielen der Nankingregierung und der Gruppe Wangtschingwei sind weniger klar zu erkennen. Der hauptsächlichste Unterschied liegt darin, daß Wangtschingwei beabsichtigt, eine ausgesprochen demokratische Regierung zu leiten, und daß er als sein organisatorisches Ziel die Einberufung einer Nationalversammlung ankündigt, die ja über die Verfassung und über das Regierungssystem zu entscheiden haben würde, während die Nankingregierung diese Entscheidung vorweggenommen hat.

Dabei erscheint es sehr zweifelhaft, ob bei den augenblicklichen unruhigen Verhältnissen Chinas die Nationalversammlung wirklich unter demokratischen Gesichtspunkten von den 400 Millionen Chinesen gewählt werden könnte.

Ein weiterer Unterschied liegt darin, daß die von Wangtschingwei geführte Kuomingruppe die Macht der Partei über den Staat stärker stabilisieren will, als es die Nankingregierung ermöglicht. Die Regierung soll nach dem Willen der Kuomins, der hinter Wangtschingwei stehenden Gruppen, nur ein Exekutivorgan der Partei sein. Die Nankingregierung und die Bewegung Wangtschingwei stimmen überein in dem Entschluß zur Bekämpfung des Kommunismus, wenn auch die Nankingregierung insofern etwas schärfer ist, als sie überhaupt keine diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland wiederherstellen will, während Wangtschingwei unter Zurückdrängung der kommunistischen Einflüsse immerhin normale Beziehungen zu Moskau wünscht.

Daß von diesen Ereignissen auch die deutschen Beziehungen berührt werden, ergibt sich daraus, daß auch ein im Jahre 1928 abgeschlossener deutsch-chinesischer Vertrag besteht, der den ersten Vertrag darstellt, der mit Chinas voller Gleichberechtigung abgeschlossen wurde und dessen Wirksamkeit deshalb auch nicht berührt werden dürfte, wenn etwa einschneidende Aenderungen in China vor sich gehen sollten.

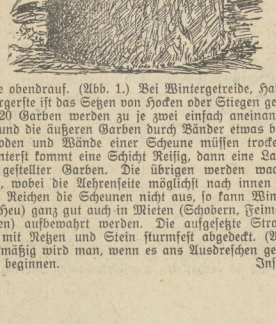
Im ganzen genommen, bedeutet das Auftreten Wangtschingweis eine wesentliche Schwächung der Nankinger Zentralregierung. Sie ist schon jetzt genötigt gewesen, einen großen Teil der verfügbaren militärischen Kräfte Wangtschingwei entgegenzustellen, so daß ihre Abwehrmaßnahmen gegenüber den kommunistischen Heeren wesentlich geschwächt wurden.

Trocknen und Einfahren der Getreidearten.

(Mit 2 Abbildungen.) (Nachdruck verboten.)

Vor dem Einfahren müssen die Körnerfrüchte gehörig abgetrocknet sein, sonst schimmeln sie unter Dach. Sommerkorn, besonders solches mit Klee oder Unkraut, legt man gern in „Schwad", d. h. man setzt es, lose auf der Stoppel liegend,

der Sonnenwärme aus. Braugerste darf aber weder beregnen noch betauen, sonst bekommt sie braune Spitzen und verliert an Wert. Daher setzt man hier auch Haubenpuppen, also acht Garben um die neunte und Nummer 10 verkehrt als



Haube obendrauf. (Abb. 1.) Bei Wintergetreide, Hafer und Futtergerste ist das Setzen von Hocken oder Stiegen gebräuchlich. 20 Garben werden zu je zwei einfach aneinander gestellt und die äußeren Garben durch Bänder etwas befestigt. Fußboden und Wände einer Scheune müssen trocken sein. Zu unterst kommt eine Schicht Reisig, dann eine Lage aufrecht gestellter Garben. Die übrigen werden waagerecht gelegt, wobei die Aehrenseite möglichst nach innen gepackt wird. Reichen die Scheunen nicht aus, so kann Winterkorn (und Heu) ganz gut auch in Mieten (Schobern, Feimen oder Diemen) aufbewahrt werden. Die aufgesetzte Strohhaube wird mit Netzen und Stein sturmfest abgedeckt. (Abb. 2.) Zweckmäßig wird man, wenn es ans Ausdreschen geht, hier zuerst beginnen.

Insp. L.

Bekanntmachung.

Nach der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 (R.G Bl. Nr. 31 S. 321) beträgt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ab 1 August 1930 $4\frac{1}{2}$% vom Grundlohn, das sind 75% der Krankenkassenbeiträge, mithin wöchentlich in der

Lohnstufe 1a	0.12 RM.	Lohnstufe 7	1.26 RM.
„ 1b	0.16 „	„ 8	1.58 „
„ 2	0.32 „	„ 9	1.88 „
„ 3	0.48 „	„ 10	2.36 „
„ 4	0.62 „	„ 11	2.84 „
„ 5	0.78 „	„ 12	3.14 „
„ 6	0.94 „		

Querfurt, den 29. Juli 1930

Der Vorstand der Landkrankenkasse des Kreises Querfurt.

Löhne, Vorsitzender.

Statt Karten

Für die uns anläßlich unseres 60jährigen Geschäftsjubiläums in vielfacher Weise übermittelten Glückwünsche und erwiesenen Aufmerksamkeiten sprechen wir hierdurch unseren allerherzlichsten Dank aus.

Nebra a. U., im Juli 1930

Bernhard Rindelhardt und Frau.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 3. August, abends 8¼ Uhr:

„Das Lied vom alten Markt"

Ferner

„Kladd und Datsch die Pechvögel"

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Lästiger Schweißgeruch

Bei übermäßiger Schweißabsonderung an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen, sowie Geruchsbelästigung, besonders bewährt **Leoform-Creme.** Tube 1 Mark. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

N. S. V. 24

Dienstag, den 5. August 1930, abends 9 Uhr im „Schützenhaus"

Monats-Versammlung

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Sommer-Sprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter **Garantie** durch das echte unschädl. Teintverschönerungsmittel **„Venus"** (Stärke B) **beseitigt.** Keine Schälkur. Preis Mk. 2,75. Gegen **Pickel, Mitesser** (St. A).

In Roßleben **Apotheke H. Ulrich**
In Nebra:
Adler-Drogerie W. Gutsmuths

Zum Eiereinlegen

halte empfohlen:

Wasserglas Garantol.

Walter Gutsmuths.

Haarausfall

beseitigt sofort und endgültig

Papillantin

ein ernsthaftes wissenschaftlich ausprob. Mittel

Vollkur RM 5.50

Zu haben in der

Adler-Drogerie **Walter Gutsmuths, Nebra**

Frische Preißelbeeren

treffen in einigen Tagen ein.

Bestellungen nehme ich noch an.

Heinrich Berlet.

Die Grüne Post

sowie alle anderen Zeitschriften

liefert, auf Wunsch frei ins Haus

Buchhandlung Walter Scharf

Drucksachen

liefert prompt und preiswert die

aller Art für alle Geschäftszwecke für jeden Privatbedarf in besten Ausführungen

Buchdruckerei Wilh. Sauer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300802-17/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 91 — Sonnabend, den 2. August 1930 — 43. Jahrgang

Durchführung des Brotgesetzes.

Unzulängliche Reichstagsarbeit.

Berlin, 1. August.

Die Sozialdemokraten haben nach Verabschiedung des Brotgesetzes auf einem Umweg die Bestimmungen wieder in das Gesetz hineingebracht, die durch die Wirtschaftspartei zu Fall gebracht worden waren und den ausschließlichen Verkauf nach festen Gewichten betreffen. Dabei ist den Sozialdemokraten ein kleiner Lapsus passiert, der nunmehr beim Erlaß der Durchführungsverordnung reichlich Kopfzerbrechen verursacht. Das Brotgesetz gibt der Reichsregierung einzig die Ermächtigung, die Kennzeichnung für Mischbrot durch eine Verordnung zu regeln. Andere Ermächtigungen sind in dem Gesetz nicht enthalten, so daß keine Möglichkeit besteht, die Strafbestimmungen des Gesetzes auf den Verkauf nach festem Gewicht auszudehnen, der ja nicht im Brotgesetz selbst, sondern im Gesetz über den Vermahlungszwang vorgeschrieben ist. Die Reichsregierung hat somit keine Handhabe, die Uebertreter dieses Gesetzesparagraphen zur Verantwortung zu ziehen; es muß abgewartet werden, wie weit die landespolizeilichen Vorschriften hier den unzulänglichen Gesetzgeber unterstützen.

Die Durchführungsverordnung über die Kennzeichnung von Mischbrot ist an den Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegangen; sie enthält lediglich zwei Paragraphen über die Kennzeichnung und einen Zusatz für eine notwendig gewordene Zwischenregelung bis zum 31. Oktober 1931.

Die Kennzeichnung von nicht eingepacktem Brot hat durch Stempelung auf dem Teig, durch Anbringung einer Siegelmarke oder durch eine Banderole zu erfolgen.

Die Uebergangsbestimmung geht zurück auf einen Antrag der Mühlen und Bäcker, die noch große Posten von Einpackpapier zur Verfügung haben, das wegen seines wachsartigen Charakters nur sehr schwer durch den neuen Aufdruck berechtigt werden kann. Es ist daher bis zum 31. Oktober zulässig, mit dem Teigaufdruck „Mischbrot" versehenes Brot in den alten Umhüllungen feitzuhalten, wenn im Verkaufslokal durch ein leicht sichtbares Plakat darauf hingewiesen wird, in welchen Umhüllungen Mischbrot verkauft wird.

„Volksstaat in Not".

Eine Mahnung Wirths an die Sozialdemokraten.

Berlin, 31. Juli.

Reichsinnenminister Dr. Wirth sprach bei einer Kundgebung des Windthorstbundes und des Katholischen Jugendrings über das Thema „Volksstaat in Not". Er betonte, daß keiner Staatsform ewiger Bestand garantiert sei und daß das Nichtzustandekommen einer Mehrheitsbildung die Krise der Demokratie herbeiführen würde. Die sozialdemokratische Partei habe, obwohl sie Verfassungspartei sei, einer solchen Entwicklung Vorschub geleistet. Es sei beispiellos, in welch ehrloser Weise bereits ein Vierteljahr nach ihrem Regierungsantritt die Sozialdemokratie ihre früheren Regierungsfreunde angreife.

Den Sozialdemokraten gelte seine Warnung, daß es nicht angehe, in Preußen miteinander, im Reich aber gegeneinander, zu regieren.

Wenn bestimmte Regierungsmaßnahmen nicht jetzt erfolgt wären, dann wäre im Herbst aus dem Staat ein Trümmerhaufen geworden.

Das Leitwort des Zentrums als Schlüsselpartei laute: Augen nach links und rechts. Man werde mit den Rechtsparteien nunmehr genau so gut wie bisher mit den Linksparteien zusammenregieren.

Er begrüße die konservativen Parteien zu ihrem Bekenntnis zur Republik, das ihnen ein Zusammengehen mit dem Zentrum ermögliche. Es sei bedauerlich, daß die konservativen Kräfte mit ihrer alten politischen Erfahrung der Republik in ihren 10 Jahren völlig verloren gegangen seien. Die Zentrumspartei müsse unter der christlich-sozialen Fahne erstarken. Dann seien der Staat und die Republik gerettet.

Zur Sammlung der Mitte.

Berlin, 1. August. **Auf Anregung des Führers der Deutschen Volkspartei, des Abgeordneten Scholz, waren die Führer der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, der Volkskonservativen Vereinigung und der Wirtschaftspartei zwecks Abfassung eines gemeinsamen Wahlaufrufes zusammengetreten, wobei der Abgeordnete Koch-Weser für die Deutsche Staatspartei die Erklärung abgab, für einen derartigen Wahlaufruf einzutreten, wenn auch die Aufforderung an das Zentrum und die Schiele-Gruppe ergehen würde. Nach kurzer Beratung wurde die Versammlung abgebrochen, um auch mit den beiden letztgenannten Parteien in Fühlung treten zu können.**

Jugend in den Reichstag!

Statistische Feststellungen.

Berlin, 1. August.

Für den Deutschen Reichstag ist charakteristisch bisher gewesen die Verschiebung der Altersgrenze nach oben. Obgleich das Wahlalter in Deutschland nach dem Kriege auf 20 Jahre herabgesetzt worden ist — eine Verjüngung der Wählermassen also eintrat —, ist das Durchschnittsalter der Parlamentsmitglieder nicht gesunken.

Im Reichstag 1912 waren nur 13,6 Prozent der Reichstagsmitglieder unter 40 Jahre alt; das Durchschnittsalter betrug 51,2 Jahre. 1924 waren es 22,9, im Mai 1928 waren 15,7 Prozent unter 40 Jahren. Obgleich gegenüber der Vorkriegszeit ein sehr beträchtlicher Zuwachs an jüngeren Wählern eingetreten ist, entwickelt sich also die Kurve der Altersstruktur in die Vorkriegsverhältnisse zurück. Einzelne Fraktionen weisen sogar eine größere Zahl älterer Mitglieder auf.

Flaggenfrage kein Trennungspunkt.

Ein Aufruf zur Sammlung.

Berlin, 1. August.

Der außerparlamentarische Führer der „Deutschen Staatspartei", Mahraun, und der stellvertretende Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Lemmer, veröffentlichen im „Jungdeutschen" einen gemeinsamen Aufruf „An die junge Generation", in dem es heißt: Ueber ein Jahrzehnt hat die Spaltung des deutschen Volkes in ein schwarz-rot-goldenes und ein schwarz-weiß-rotes Lager angedauert. Interessenten- und Wirtschaftsgruppen haben sich das deutsche Parlament erobert und haben die Volksvertretung zu einem Interessentenhaufen gemacht. Wir Jungen lehnen uns gegen diesen unhaltbaren Zustand auf.

Unser Eintreten in den Kampf um die politische Macht, auf dem Boden der Verfassung, im Bekenntnis zum Staat und seinen Symbolen bedeutet die Fortentwicklung der deutschen Republik zum nationalen und sozialen Volksstaat. Darum reicht Euch die Hände über verstreute und durch die Entwicklung überholte Gegensätze zur gemeinsamen Arbeit für das deutsche Volk. Auch wir haben es getan, ohne unseren Bünden, der eine dem Jungdeutschen Orden, der andere dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, untreu zu werden.

Um das Lohn-Arbeitszeitabkommen.

Die Einigung in der Nordwestgruppe gescheitert.

Essen, 1. August.

Die in den Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe und den Gewerkschaften formulierte Vereinbarung, die das Ziel hatte, eine Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommens zu vermeiden, wurde von der Vertretertagung des Christlichen Metallarbeiterverbandes einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, das Lohn- und Arbeitszeitabkommen nicht zu kündigen. Auch der Gewerkverein Hirsch-Duncker hat der Vereinbarung zugestimmt.

Dagegen haben die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich gegen die Annahme der Vereinbarung ausgesprochen und die Kündigung des Lohnabkommens — nur diese war vom Deutschen Metallarbeiterverband angekündigt — beschlossen. Die offizielle Zustimmung des Arbeitgeberverbandes zu der Vereinbarung, an der nicht zu zweifeln ist, steht noch aus.

Bayerische Finanzschwierigkeiten.

Einführung der Schlachtsteuer.

München, 1. August.

Die bayerische Staatsregierung hat im Landtage, der Ende dieser Woche seine Sommerferien beginnt, den Entwurf des abgeänderten Finanzgesetzes vorgelegt. Sie besteht auf der Ausgleichung des Haushalts und verlangt zu diesem Zweck vom Landtag die Ermächtigung zur Einführung der seinerzeit abgelehnten Schlachtsteuer auf dem Wege der Verordnung, und zwar mit Wirkung ab 15. August bis zum Erlaß eines neuen Finanzgesetzes.

Die Bayerische-Volkspartei-Correspondenz hält es für wahrscheinlich, daß das neue Finanzgesetz, das am Donnerstag im Ausschuß beraten wurde, mit der eingebauten Ermächtigung für die Regierung keine entsprechende Mehrheit finden werde. Dann stehe die Regierung vor der Tatsache eines unvollziehbaren Finanzgesetzes. An die hinter der Regierung stehenden Parteien trete dann die Frage heran, ob sie es auf sich nehmen könnten, einem Finanzgesetz zuzustimmen, das die Regierung zum Vollzug von Ausgaben zwinge, ohne ihr die notwendigen Einnahmen zu gewähren.

Reichswehrsoldaten im Saargebiet.

Eine seltsame Verfügung.

Saarbrücken, 1. August.

Durch Verfügung des Präsidenten der Saarregierung ist dem Landjägerkorps des Saargebietes der Auftrag erteilt worden, an den einzelnen Orten festzustellen, wieviel Reichswehrsoldaten bis zum 15. Juli in Uniform gesehen worden sind.

Grund und Ursache zu dieser Maßnahme sind ohne weiteres nicht ersichtlich. Einerlei, wie es auch sei, die Einreise und der Aufenthalt unserer Söhne, die im Reichsheer Dienst tun, in ihrer deutschen Saarheimat muß angesichts dieser Verfügung eine Neuregelung finden, so daß ohne Schwierigkeiten und ohne besondere Einreiseerlaubnis das Verbringen der Urlaubstage auch in Uniform gestattet ist. Es wäre ein Unrecht, wenn der deutsche Soldat in seiner Heimat sich nicht sehen lassen dürfte, wo doch schon jahrelang wesensfremde ausländische Uniformen geduldet werden. Allwöchentlich kann man im Grenzbezirk französische Urlauber, besonders Marinesoldaten, feststellen. Ob auch schon einmal die Söhne der im Saargebiet ansässigen Franzosen gezählt und der Saarregierung namhaft gemacht worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls sieht man sie schon all die Jahre hier in Uniform herumgehen. Der Landesrat wird die Sache sicherlich aufgreifen und mit dafür Sorge tragen, daß eine endgültige, für die Saarbevölkerung zufriedenstellende Lösung gefunden wird.

Vereinbarung mit Polen.

Zur Vermeidung von Grenzzwischenfällen.

Berlin, 30. Juli.

Die bedauerlichen letzten Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze, von denen einige sogar Verluste von Menschenleben zur Folge hatten, haben zu einer Vereinbarung zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung über eine gemeinsame abschließende Prüfung des Tatbestandes durch je einen Delegierten der beiden Außenministerien geführt. Bei den Verhandlungen der Delegierten ist der gesamte Sachverhalt eingehend erörtert worden.

Ein Teil bisher strittiger Punkte konnte dabei geklärt werden. Eine volle Uebereinstimmung über alle Einzelheiten ist aber nicht erzielt worden.

In Verfolg dieser Prüfung und im Interesse der nachbarlichen Beziehungen haben sich die beiden Regierungen nunmehr über folgende Punkte geeinigt:

Soweit auf der einen oder anderen Seite Strafverfahren eingeleitet sind, werden die beiden Regierungen sich gegenseitig das für die Aufklärung der Fälle sachdienliche Material, insbesondere Zeugenaussagen, mitteilen und den zuständigen Behörden zur Berücksichtigung bei den in Gang befindlichen Verfahren übermitteln. Dies gilt insbesondere für den Zwischenfall von Proskten, zu dem die Polnische Regierung neues Material zur Verfügung gestellt hat. Die sich im Laufe der verschiedenen Verfahren ergebenden tatsächlichen Feststellungen werden sich die Regierungen gegenseitig zur Kenntnis bringen.

Außerdem haben die beiden Regierungen Maßnahmen getroffen, um einer Wiederholung solcher Zwischenfälle vorzubeugen. Insbesondere ist den beiderseitigen Grenzbeamten die Ueberschreitung der Grenze ohne besonderen Dienstauftrag und ohne vorheriges Benehmen mit den Grenzbehörden des anderen Teiles grundsätzlich verboten worden; auch sind sie angewiesen worden, bei Beobachtung der Vorschriften über den Grenzverkehr, insbesondere derjenigen über den Besitz von Grenzausweisen, jede unnötige Härte gegenüber der zivilen Bevölkerung zu vermeiden. Schließlich haben die örtlichen Behörden Weisungen über eine Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden des anderen Teiles bei etwa vorkommenden künftigen Grenzzwischenfällen erhalten.

Was das Auswärtige Amt sagt:

Merkwürdige „Ungeschicklichkeiten" polnischer Flieger.

Berlin, 1. August.

Die Frage der Ueberfliegung deutschen Grenzgebietes durch polnische Militärflieger ist in letzter Zeit erneut Gegenstand von Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, soll sich die Grenzverletzung bei einer Anzahl von Fällen, die in der Presse mitgeteilt worden sind, nicht als

n unberechtigten
weniger als sechs,
en festgestellt wor-
Auswärtige Amt
chaft in Warschau
vorigen Jahr in
n ein regelrechtes
glaubt man an
ei den Fällen der
polnischer Flieger

flieg deutschen
er für die deutsche
Warschau eingelei-
geteilt wird, einen
en. Uebrigens ist
tetes nördlich von
polnische Herkunft
worden. Die Ge-
die Weisung er-
lungen mit Polen

ngen.

aftskrise.

chau, 1. August.

en Ministerrat hat
haftskrise folgende
on landwirtschaft-
gramm Weizen auf

17,50 Zloty, für 100 Kilogramm Weizenmehl auf 25,50 Zloty, für 100 Kilogramm Graupen, die im Zolltarif nicht besonders angeführt sind, auf 24 Zloty, für 100 Kilogramm Schmalz auf 100 Zloty, für 100 Kilogramm Fleischspeck auf 80 Zloty und für 100 Kilogramm Räucherspeck auf 120 Zloty. Gleichzeitig wird für die polnische Fettproduktion eine Zollerleichterung von 60 Prozent erteilt. Die Getreide-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300802-17/fragment/page=0005